

# **Haushaltsrede 2012**

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion  
in der Landschaftsversammlung Rheinland

***Jürgen Rolle***

am 13. Februar 2012

in Köln

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
liebe Frau LVR-Direktorin,  
sehr geehrter Herr Landesdirektor Kirsch,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren !

Zum Start: Ein herzliches Dankeschön von meiner Fraktion und mir an unsere Partner in der Gestaltungsmehrheit für ein weiteres Jahr guter Zusammenarbeit für die Menschen im Rheinland.

Ich danke Corinna Beck und Stefan Peil von Bündnis 90/Die Grünen und Bernd Paßmann von der FDP-Fraktion dafür, dass sie - unterstützt von ihren Geschäftsführern Ralf Klemm und Hans-Otto Runkler - gemeinsam mit uns zuverlässig, sachbezogen und konsequent Verantwortung tragen und wahrnehmen zur fachlichen Weiterentwicklung und inhaltlichen Gestaltung der Arbeit des LVR.

... und dies- im Gegensatz zu anderen hier vertretenen politischen Gruppen - weitestgehend unabhängig davon, welcher Landrat/Oberbürgermeister wieder irgendeine tagesaktuell politische „Angelegenheit“ durch's Dorf treibt.

Denn gerade **die** Aufgaben unseres Verbandes, die im kulturellen Bereich sowie gesundheits- und jugendpolitisch die

lokalen Aufgabenfelder weit überschreiten, brauchen zur Erledigung sachbezogenes, geradliniges und verantwortungsvolles Handeln und ganz besonders gilt dies für die zentralen, finanziell aufwendigsten Aufgaben des Landschaftsverbandes, d.h.

- Umgang mit der Eingliederungshilfe und
- Umsetzung, Weiterentwicklung der Inklusion,

denn - sehr geehrte Damen und Herren, fast 90 % des über 3 Milliarden Euro umfassenden Etats sind für soziale Aufgaben und Leistungen bestimmt, weit überwiegend Leistungen für Menschen mit Behinderung. Diese enormen Beträge machen deutlich, welch` große Verantwortung wir als Politikerinnen und Politiker für Entwicklungen in diesem Bereich haben. Und dieser Verantwortung stellt sich die Gestaltungsmehrheit gerne!

Als SPD-Fraktion haben wir gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Gestaltungsmehrheit gerade im Bereich der Aufgaben für Menschen mit Behinderung viel erreicht.

Ich denke, wir können stolz darauf sein, dass die Menschen, die Wohnhilfen benötigen, zwischenzeitlich überwiegend in einer eigenständigen Wohnform leben und ambulante Unterstützungen erhalten. Dies bedeutet für die leistungsberechtigten Personen deutlich mehr Autonomie, für den LVR und damit auch den kommunalen Haushalten ein deutlicher Beitrag zur Kostendämpfung. Zu dieser Entwicklung haben wir mit unseren Steuerungsaktivitäten und Beschlüssen einen wesentlichen Beitrag geleistet und werden es auch weiter tun. Beispielhaft möchte ich hier auf die aktuellen Anträge der Gestaltungsmehrheit, die genau diese Zielsetzung verfolgen, verweisen. **Leitlinie unserer Arbeit und unserer Beschlüsse ist die aktive Mitwirkung bei der Gestaltung inklusiver Sozialräume sowie die Unterstützung der Menschen im Rheinland bei der Verwirklichung inklusiver Lebensverhältnisse.**

Inklusion bedeutet aus Sicht der SPD-Fraktion auch, für Menschen mit Behinderung die berufliche Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt sicherzustellen.

Arbeitgeber haben gesetzlich die Verpflichtung, schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Die Realität aber sieht leider anders aus. Nach einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die die Welt am Sonntag vom 18.12.2011 zitiert, beschäftigen

40 Prozent der deutschen Arbeitgeber weniger als ein Prozent schwerbehinderte Menschen. Auch der Aufschwung der letzten Monate ist an den schwerbehinderten Menschen vorbeigezogen. Während die allgemeine Arbeitslosigkeit im November 2011 in NRW um 6,2 Prozent im Vergleich zum November 2010 sank, stieg sie bei schwerbehinderten Menschen um 2 Prozent an.

Die SPD-Fraktion ist froh, dass mit Mitteln der Ausgleichsabgabe unsere gemeinsame Zielsetzung – Menschen mit Behinderung eine Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen - unterstützt werden kann.

Der von uns heute zu verabschiedende Haushalt weist eine deutliche Steigerung der geförderten Arbeitsplätze aus, sowohl außerhalb von als auch **in** Integrationsbetrieben, d.h., mehr inklusive (Arbeits-) Verhältnisse! Und das ist gut so!

Und ergänzend zwei weitere Ergebnisse von acht Jahren Gestaltungsmehrheit, Ergebnis von acht Jahren verantwortungsvollen Umgang mit LVR-Personal:

- Die Ausbildungsquote halten wir seit Jahren konstant bei 7%, aktuell befinden sich **1.246** Menschen in unterschiedlichen Ausbildungen beim LVR.
- Vorbild sind wir auch bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Die gesetzliche Quote von 5 % überschreiten wir mit aktuell 8,47 % deutlich.

Das Land hat den Auftrag der UN-Behindertenkonvention, unser Schulsystem zu einem inklusiven Bildungssystem weiter zu entwickeln, angenommen. Die Allgemeine Schule soll der Regelförderort für Kinder mit Behinderungen sein. Dies erfordert einen Einstellungswandel bei allen am Schulleben Beteiligten! Inklusion beginnt im Kopf! Wir, der LVR, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen die Vision Inklusion ins Rheinland tragen!

Wie vielschichtig das Vorhaben ist, wird auch im Gutachten „Auf dem Weg zur schulischen Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ von Klemm und Preuss-Lausitz deutlich.

Eine neu formierte sonderpädagogische Förderung in einem inklusiven Bildungssystem erfordert die frühe Beteiligung der Schulträger, nämlich bereits in der Vorbereitungsphase. Das haben die Gutachter unmissverständlich klar gemacht. Die Landschaftsverbände sind hier explizit angesprochen worden. Das zeigt im Übrigen auch, wie das fachliche Know-how des LVR von außen wahrgenommen wird.

Die Bereitschaft, in regionalen Inklusionsprozessen aktiv mitzuwirken, hat der LVR den Mitgliedskörperschaften mehr als nur signalisiert.

Auf Initiative der Gestaltungsmehrheit wurde die Verwaltung beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um Kindern mit Behinderungen den Besuch einer Allgemeinen Schule zu ermöglichen und damit das individuelle Recht auf Bildung zu unterstützen. Wir haben dann im Juni 2010 im LVR-Landschaftsausschuss beschlossen, die bisherigen Fördermöglichkeiten des Gerätepools und des Finanzpools durch die neue LVR-Inklusionspauschale zu erweitern, um auch komplexeren Fördererfordernissen gerecht zu werden und im Sinne der UN-Konvention das inklusive Schulangebot auszuweiten.

Die eingeleiteten Werbemaßnahmen haben gefruchtet. Bis jetzt wurden rund 60 Anträge zur LVR-Inklusionspauschale genehmigt mit einem Volumen von über 300.000 €. Das belegt, dass der Landschaftsverband Rheinland auf dem richtigen Weg ist. Allein seit der Einführung der LVR-Inklusionspauschale wurden vom LVR-Schulbereich ca. **600** Gespräche mit Eltern, Elternvereinen, Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Schulaufsichten, Schulträgern, Sozialämtern und privaten Institutionen geführt. In Folge

dieser umfangreichen Kontakte wurde aber auch sehr deutlich, dass ein erheblicher Informations- und Beratungsbedarf bei allen Akteuren besteht.

Wenn wir es schaffen - und das ist unser erklärtes Ziel - dass **jedes Kind** an **jeder Schule** unterrichtet werden kann, indem wir die baulichen, pädagogischen sowie die therapeutischen Voraussetzungen schaffen, wird es langfristig immer weniger Förderschulen geben, wird es dann auch kaum Eltern mehr geben, die diese Schulen **wollen**, d.h., die bisherigen zwei Systeme werden in einem System aufgehen. Der Weg dahin ist steinig und beschwerlich, wichtig ist das klare Ziel vor Augen. Die Gestaltungsmehrheit jedenfalls hat hier klare Ziele vor Augen und wird diese auch umsetzen! Genauso konsequent auch im Bereich der Kinder unter 6 Jahren !

Seit vielen Jahren sind wir uns doch einig. Heilpädagogische Einrichtungen entsprechen dem Fürsorgegedanken der 60er Jahre. Damals durchaus begründet und ein Schritt in die richtige Richtung. Nämlich Eltern mit behinderten Kindern überhaupt ein Betreuungssetting zu schaffen. Aber wir wissen doch schon lange, dass das nicht mehr der richtige Weg ist. Abgesehen davon, dass es auch noch die mit Abstand teuerste Betreuungsform ist. Ein kurzer Satz der Verwaltung des Landesjugendamtes hierzu: „Der LVR hat keine Möglichkeit, regelnd den Abbau der heilpädagogischen Plätze zu beeinflussen.“ Unglaublich!

Ich bitte hier und heute die Verwaltung eindringlich, Wege zu finden und Konzepte zu entwickeln, die es möglich machen, entsprechende Einflussnahme auszuüben.

Es kann nicht angehen, dass wir am 31.01. nach wirklich zielorientierten Diskussionen im LJHA wegweisende Beschlüsse fassen und die nach dem SGB XII vom Sozialdezernat finanzierten heilpädagogischen Einrichtungen weiter be- und **entstehen**. So kann Inklusion nicht funktionieren!

Nachdem wir dann - für uns zum damaligen Zeitpunkt richtigerweise - zum Abbau der teuren und konzeptionell überholten heilpädagogischen Einrichtungen die „integrativen Gruppen“ geschaffen haben und hierbei richtigerweise Anreize für Träger, Jugendämter und Eltern geschaffen haben, haben wir damit **von Anfang an** die Forderung verbunden, das Land müsse sich zur Entlastung der Kommunen, also auch der Landschaftsverbände, an den Kosten stärker beteiligen.

Das geschah dann über das KiBiz. Und was passierte hier? Nichts! Prozentuale Anreizförderungen des Landesjugendamtes, die gekoppelt waren an die Förderungen des Landes, blieben unverändert! Das heißt, mit jedem Euro des Landes mehr für die Kindertageseinrichtungen stieg auch die Belastung des Landschaftsverbandes.

Das heißt, wir haben noch draufgelegt, und das umlagefinanziert und ausgezahlt in pauschalen Abschlägen!

Dazu zwei Anmerkungen:

1. Fiskalisch (Wir halten ja heute Haushaltsreden)
2. konzeptionell

Wir alle kennen inzwischen die finanziellen Auswirkungen dieses Verhaltens, denn die Kommunen sind nun gehalten, „spitz“ abzurechnen, deshalb müssen wir heute fast **60 Millionen Euro** zusätzlich für die Haushalte 2012 und 2013 beschließen. Allein für 2012 sind es knapp 50 Millionen Euro. Und - liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU -, wenn man diese Leistungen, die ja letztendlich an Träger und Kommunen zur Auszahlung kommen werden, die also zeitnah „zurückfließen“, berücksichtigt, so kommt das nahezu einer zusätzlichen Senkung um 0,4 % gleich.

Damit hätten wir Ihre Vorstellungen bei weitem übertroffen **und** hätten den Wünschen der einwendenden Mitgliedskörperschaften entsprechen können.

Ich glaube und hoffe, wir haben im vorschulischen Bereich mit der Beschlussfassung des LJHA vom 31.01. eine Kehrtwende vollzogen und ich bin guter Dinge, dass wir mit dem Blick nach vorne wieder in ruhigeren und vor allem inklusiveren Fahrwasser landen werden. Dazu ist jedoch Folgendes notwendig:

Konzeptionell - und ich glaube, das ist ganz wichtig - müssen die Verwaltungen des Landesjugendamtes **und** des Sozialdezernates umdenken.

Inklusion bedeutet auch „gleiches Recht für alle“. Also auch weg von bestimmten Privilegien. Aufgabe des Fürsorgegedankens im Sinne von „ich kümmere mich schon darum“ hin zu „ich ermögliche Gleichheit“.

Das heißt, kann nur heißen, schnellstmöglich weg von heilpädagogischen Einrichtungen und mittelfristig auch weg von integrativen Gruppen.

Jedes Kind, alle Eltern wählen **die** KiTa, die sie wollen und wir müssen ermöglichen, dass jedes Kind in jede KiTa kann - mit allen notwendigen Therapie- und Fördermöglichkeiten.

Da, meine sehr verehrten Damen und Herren, will die SPD-Fraktion hin. Das und nur das ist (gelebte) Inklusion!

Aber es gibt auch ausgesprochen Positives aus dem Bereich der Jugendhilfe zu berichten!

Im Bereich der **Jugendhilfe** konnte die Gestaltungsmehrheit in den letzten Jahren mit einem relativ kleinen finanziellen Aufwand große, nachhaltige jugendpolitische Wirkungen

erzielen. Allen Maßnahmen ist gemeinsam, dass durch die Anschubfinanzierungen des LVR ein Mehrfaches an Mitteln akquiriert werden konnten. Im Fokus stehen dabei immer benachteiligte und bildungsferne Kinder und Jugendliche. „Teilhabe ermöglichen“ ist die Leitlinie des LVR – auch in der Jugendhilfe! Dazu zwei Beispiele:

Die, auf Initiative des LVR-Landesjugendhilfeausschusses 2009 eingerichtete Koordinationsstelle Kinderarmut - mit

einer zweijährigen Fördersumme für die Kommunen von 40.000,-€/Jahr - hat die Aufmerksamkeit der privaten Auridis-Stiftung gefunden, so dass wir heute ein sechsjähriges - privat finanziertes - Programm im Gesamtumfang von 2,8 Mill. Euro im LVR-Landesjugendamt bewirtschaften. 40 Kommunen im Rheinland werden mit Personalkostenzuschüssen, Beratung und Fortbildung durch das LVR-Landesjugendamt intensiv unterstützt und entwickeln kommunale Präventionsketten durch Netzwerke gegen Kinderarmut.

Unser LVR-Programm wurde auch die Blaupause für das Programm der Landesregierung NRW „Kein Kind zurück lassen – Kommunen in NRW beugen vor“, das sich bzgl. des Konzepts und der Förderrichtlinien am LVR orientiert. Ein Riesen-Erfolg des LJHA, des Landesjugendamtes, aber vor allem grandios für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Hier nochmal mein herzlicher Dank an Herrn Gilles und Co. vom Landesjugendamt, die den Beschluss des Ausschusses in vorbildlicher Weise umgesetzt haben.

Das heißt aber auch: Dieses Prinzip der kleinen - freiwilligen - und zugleich richtigen und wichtigen Investitionen in Prävention und Bildung müssen wir auch in Zeiten enger Haushalte beibehalten.

Ebenso erfreulich die Arbeit des Gesundheitsbereiches!

Der LVR-Klinikverbund und der Verbund Heilpädagogischer Hilfen sind wirtschaftlich hervorragend aufgestellt. Das Jahr 2011 ist das zweite Jahr in Folge, in dem alle Einrichtungen positive Jahresergebnisse ausweisen. Und das bei Psych-PV-Quoten in den LVR-Kliniken von über 90 %, mit steigender Tendenz. Dies war vor drei Jahren noch undenkbar. Mit unserem HH-Antrag 13/159 „Qualität der Versorgung in der Psychiatrie verbessern“ haben wir die Weichen dafür gestellt, dass diese wirtschaftliche Entwicklung mit neuen oder verbesserten Behandlungsangeboten unmittelbar bei den Patientinnen und Patienten ankommt. Die gute wirtschaftliche Lage der Kliniken nutzt aber auch dem Haushalt des LVR, konnten doch im aktuellen Haushaltsentwurf die Zuschüsse an die Einrichtungen auf ein Mindestmaß gesenkt werden.

Das bestärkt mich darin, dass das initiierte 500-Millionen-Euro-Programm genau der richtige Schritt war - eine Investition in die (LVR-) Zukunft.

Und ein weiteres wird unter Beweis gestellt: Auch die Strukturreform war goldrichtig. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Ex- und aktuelle Dezernentin (Frau Lubek und Frau Wenzel-Jankowski), der einen fürs Durchführen, der anderen für die konsequente Anwendung!

Und wenn wir schon beim Danken sind:

An dieser Stelle nochmals Dank an Milena Karabaic für ihre, sehr einfühlsame, bemerkenswerte Rede anlässlich der Ausstellungseröffnung des „Denkmals der grauen Busse“ - das war wirklich tief beeindruckend, herzlichen Dank dafür !

Mit der Präsentation dieses „Denkmals“ (übrigens auf Initiative von Regina Schmidt-Zadel) leistet der Landschaftsverband Rheinland einen eindrucksvollen Beitrag zur Veranschaulichung des Umgangs des LVR mit den dunklen Seiten seiner Vorgeschichte.

Mit unserem Antrag möchte die Gestaltungsmehrheit erreichen, dass dieses „Denkmal“ auf Dauer an seinem jetzigen Standort verbleibt und damit ein Zeichen gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat und die Beteiligung des Rechtsvorgängers des LVR hieran gesetzt wird. Und ich bin sehr froh, dass wir diesen Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen beschließen konnten.

Auch wenn der Anteil des Kulturbereiches am gesamten Haushaltsvolumen des Landschaftsverbandes Rheinland sehr gering ist, liegt meiner Fraktion dieser Bereich besonders am Herzen und dies nicht nur deshalb, weil das Thema „Inklusion“, so finde ich, hier beispielgebend vorangetrieben wird.

Auf Folgendes muss jedoch an dieser Stelle eindringlich hingewiesen werden: Hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung gilt es nach wie vor, ein Ungleichgewicht zwischen der finanziellen Ausgestaltung der Kernaufgaben und den von der Gestaltungsmehrheit ausdrücklich politisch gewollten Netzwerkprojekten zu verhindern.

Mir ist bewusst, dass die mit den Netzwerken verbundenen enormen - oft über das Zumutbare hinausgehenden - zusätzlichen Tätigkeiten bisher vom Kulturdezernat unter permanenter Hochleistung geschultert wurden. Hierfür spreche ich den Beteiligten den ausdrücklichen Dank meiner Fraktion aus.

Wir halten es daher dringend für erforderlich, die Personalausstattung des Kulturdezernates im Bereich der Netzwerkarbeit umlageneutral kurzfristig zu verbessern, da sonst auch die sog. „Leuchtturmprojekte“ nicht durchführbar sind!

Im Einzelnen:

Beim Preußenmuseum – so mein Eindruck – sind wir auf einem guten Weg.

Für Vogelsang liegt inzwischen die Bewilligung der Fördermittel des Landes vor; wer hätte dies vor einigen Monaten zu hoffen gewagt. Allen Beteiligten herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank.

Die Archäologische Zone/Jüdisches Museum ist/wird ein Leuchtturmprojekt für den LVR. Insofern sind wir froh, dass die ersten Gespräche der Verwaltung mit der Stadt Köln bereits stattgefunden haben. Wir sind zuversichtlich, dass die Stadt Köln und der LVR hier zu einer Verständigung kommen werden!

Das für meine Fraktion sehr wichtige Thema „Zentrum für verfolgte Kunst in Solingen“ kann nach der Entscheidung des Rates der Stadt Solingen vom Dezember letzten Jahres nunmehr hoffentlich auf die Schiene gesetzt werden. In diesem Fall zeigt sich, dass die Ausdauer sich gelohnt hat. ... aber - meine sehr geehrten Damen und Herren - hierzu ist auch Klartext angesagt: ich finde es unverantwortlich, wie manche kommunalen Spitzenbeamte (Oberbürgermeister, Landräte) hemmungslos unsere personalen Ressourcen in der Verwaltung und auch in der Politik jahrelang ge-, besser - missbrauchen, um eigener politischer Machtspielchen willen ! Dies alles kostet Geld, ist letztlich Verschleuderung unserer Ressourcen und muss über die Umlage wieder „reingeholt“ werden - über deren Höhe sich genau die gleichen Leute dann bitter beschweren.

Ich würde hier „mehr sorgfältiges Handeln mit Augenmaß“ empfehlen, da letztlich immer die kommunale Familie **insgesamt** betroffen ist und ... auch unsere Geduld **endlich** ist !

Und damit komme ich zur Umlage:

Verantwortlichkeit ist ein gutes Stichwort.

Sehr wohl haben wir registriert, dass fast alle Mitgliedskörperschaften - und zwar gemeinschaftlich, was neu ist - gegen den von der Kämmerin eingebrachten Haushalt Einwendungen erhoben haben. Und wir haben dies auch aufgegriffen. Im Hinblick auf die Gesetzesinitiative im Düsseldorfer Landtag haben wir auf die Wertberichtigung der RWE-Aktien **zunächst** verzichtet. Wir haben sie **aufgeschoben**.

Das bringt ziemlich genau die 0,3 % Senkung, die wir ja bekanntlich beantragt haben. Die von den Kollegen der CDU und Freien Wählern geforderte Senkung von 0,5 % ist populistische Oppositionspolitik.

Denn Sie, liebe Kollegen, haben die 0,5 % schon gefordert, bevor auch nur ein Mensch wusste, was uns die eben angekündigten Nachzahlungen des Landesjugendamtes kosten würde. Seriös ist das nicht !

Wir bleiben für unsere Partner **verlässlich**! Ihre Vorstellungen von Haushaltsgestaltung jedenfalls sind kommunalfeindlich, denn sie produzieren Defizite, die **später** von den Mitgliedskörperschaften gezahlt werden müssten!

0,3 % Senkung bedeutet die Fortführung unserer soliden und verlässlichen Finanzpolitik unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen der uns anvertrauten Menschen, ... und sie werden ergänzt um die aus den anstehenden Spitzabrechnungen ca. 50 Mio. (= 0,4 Punkte) an die Kommunen in diesem Jahr 2012.

Und deswegen ist Ihr Einwand, Herr Dr. Ammermann, man könne die Mittel der Produktgruppe 074 ein wenig schieben und käme so zu einer Umlage von 16,5 %, gerade der falsche Weg.

**Jetzt** sollen die Abrechnungen erfolgen! **Jetzt** werden Fristen gesetzt und **nach deren Ablauf** können dann auch, wie von Ihrer Fraktion gefordert, Herr Rehse, Einwendungen erhoben werden.

Die Mitgliedskörperschaften müssen **jetzt** handeln, um an ihr Geld zu kommen, was dann auch unverzüglich bewilligt werden soll, damit es schnellstmöglich in die kommunale Familie zurückfließen kann.

Das wir dieses Gewirr aus GTK, KiBiz, Pauschal- und Spitzabrechnungen, Eingliederungshilfe etc. jetzt so klären konnten, verdanken wir einer - vorsichtig formuliert - einzigartig-interessanten Mischung, die entsteht, wenn westfälische Nachhaltigkeit, Gründlichkeit und Zähigkeit mit voller Breitseite auf das rheinische „Et bliev wie et is“ und „et is noch immer jot jeje“ trifft.

Auch wenn - um den Dramatiker Ibsen zu zitieren - „nicht jeder wie Tante Bertha“ sein kann, profitiert unser Verband - manchmal auch stöhnend - von dieser Mischung.

Bleibt mir am Schluss, mich zu bedanken.

Dank an die LVR-Direktorin Ulrike Lubek, die durch ihren unermüdlichen Einsatz dafür Sorge trägt, dass sich der LVR den Slogan „Qualität für Menschen“ verdient. Und das auf's neue jeden Tag.

Dank an Renate Hötte - ebenfalls stark gefordert bei den eben erwähnten „Entwirrungsaktionen“ - und ihr gesamtes Team aus der Kämmerei dafür, dass sie es stets gut gelaunt und immer „kundenorientiert“ wird ertragen können, dass wir die Wertberichtigung verschieben und ihr von der Umlage einiges abknabbern.

Und Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie an Thomas Böll und Leila Soumani von der SPD-Fraktion, die immer wieder unter Beweis stellen, dass nur Qualität **von** Menschen auch Qualität **für** Menschen erzeugt.

Und abschließend ein Zitat des Kabarettisten Piet Klocke, an meine Partner der Gestaltungsmehrheit und die Verwaltungsspitze für die Zukunft:

„Tja, wenn dann wieder mal was ist ... ? Tja, warum denn nicht !“

Herzlichen Dank !